SOK vom 02.05.2007

Nach langem Ringen: Entscheidung für Betreiber und Investor des Pflegeheims gefallen

Der Gemeinderat machte sich die Entscheidung für den Betreiber und Investor des geplanten Pflegeheims nicht leicht: in einem langwierigen und diskussionsreichen Verfahren bekam schließlich einstimmig das Konzept der BG-Immobiliengruppe gemeinsam mit dem Arbeiter-Samariter-Bund den Zuschlag. Der Erste Bürgermeister Bußjäger plädierte während der gesamten Sitzung für eine rasche Entscheidung und warnte vor weiteren Zeitverzögerungen, die sich gleich zu Beginn mit einem Antrag der Vertagung abzeichneten.

Uneinigkeit über bauliche Rahmenbedingungen

Zentraler Punkt der Diskussion im Gemeinderat war die derzeitige Diskrepanz zwischen dem baulichen Vorhaben und der Umsetzung auf dem geplanten Gelände. Nach Auffassung der CSU-Fraktion ist für das aktuelle Vorhaben notwendig, weiteren Grund aufzukaufen. „Die Grundstücksituation ist zu klein und eine Bewältigung der zu erwartenden neuen Kosten ungeklärt", meinte Gemeinderat Knut Wartenberg (CSU). Die bisherige Fläche von 7.000 Quadratmeter müsste um das Doppelte ergänzt werden. Hier sieht die Fraktion eine Problematik, wenn dem Betreiberkonzept bereits zugestimmt wird, bevor der Grund wirklich gekauft ist: „Macht sich die Gemeinde nicht schadensersatzpflichtig, wenn der Preis in dieser Situation hochgetrieben werden kann?", fragte Ursula Schmidt (CSU). Von einem moderaten Grundstückspreis geht dagegen der Erste Bürgermeister Bußjäger schon deshalb aus, weil den derzeitigen Grundstückseigentümer „viel Gemeinsinn" auszeichnet und die zusätzliche Fläche bereits gesichert sei. Der parteiübergreifende Beschluss besagte zwar die Vergabe an die Betreiber, aber unter der Voraussetzung, dass jede weitere Detailplanung sowie die genaue Wertermittlung dem gesamten Gemeinderat offen vorzulegen und mit ihm abzustimmen sind.

(oben): Ist das Grundstück zu klein für die vorgelegten Planungen? Das waren die Befürchtungen der CSU-Fraktion.
(unten): Jonny Stöterau vom Arbeiter-Samariter-Bund trug vor dem Gremium das Konzept nochmals vor

Gemeinnützigkeit und Modernität für Grasbrunns Senioren

Nachdem zunächst drei Betreiber ihr Interesse bekundet hatten, auf dem Ortterer-Grundstück in Grasbrunn das neue Pflegeheim fachlich umzusetzen, waren nach einem zweiten Verfahren nur noch der Arbeiter-Samariter-Bund und die BG-Immobiliengruppe im Gespräch. Der ASB und die BG-Immobiliengruppe hatten nicht nur ein eigens für die Gemeinde Grasbrunn zugeschnittenes Gesamtkonzept vorgelegt, sondern konnten auch durch die bereits bestehenden Pflegeheime überzeugen. Zu dieser Auffassung gelangte die Arbeitsgruppe – Erster Bürgermeister Otto Bußjäger, Zweiter Bürgermeister Helmut Scheidel, Dritte Bürgermeisterin Iris Habermann und Gemeinderat Ewald Wagner –, die Mitte April ein Heim in Wolfratshausen besichtigten. Einigkeit herrschte fraktionsübergreifend darüber, dass die dortige Anlage ein Beispiel an Modernität und Naturnähe darstellt und ein allen Ansprüchen des Alters gerechtes Pflegekonzept repräsentiert.
Mit Hilfe der Landesfördermittel von 1,8 Millionen Euro ist auch ein wesentlicher finanzieller Grundstein gelegt, wie Jonny Stöterau vom ASB betonte. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Verträge abzuschließen. Dem Pflegeheim, das nunmehr seit 1971 politische Debatten fordert, kommt Grasbrunn damit einen Schritt näher.

Interne Querelen am Rande

Schon am Anfang der Diskussion hatte es so ausgesehen, als würde das gesamte Vorhaben „Pflegeheim" nochmals ins Kippen geraten. Die CSU-Fraktion, vertreten durch ihre neue Sprecherin Ursula Schmidt, hatte zu Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, die Entscheidung zu vertagen, weil wesentliche Punkte der baulichen Umsetzung mit der Größe des bisherigen Grundstücks nicht vereinbar seien. Nach einer erneuten Präsentation von Investor und Betreiber konnte ein Beschluss erst nach einer 20minütigen Pause gefasst werden, in der die Fraktionen ihre Position nochmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit debattierten. In den Gesprächen zwischen den CSU-Fraktionsmitgliedern und dem Ersten Bürgermeister während der Sitzung traten die inhaltlichen wie internen Unstimmigkeiten deutlich zu Tage.